

Bei der Bearbeitung dieser Prüfungsarbeit wünschen wir Ihnen viel Erfolg!

Prüfungstag:	
Prüfungsarbeit Nr.:/ Stoffgebiet	Privatrecht
Bearbeitungszeit:	240 min.
Hilfsmittel:	Vorschriftensammlung DVP/VSV evtl. Taschenrechner (nicht programmierbar/nicht (text-) speicherfähig)

Diese Prüfungsaufgabe besteht aus:

- diesem Deckblatt
- dem Sachverhalt (Seite 2)

Bitte überprüfen Sie die Seitenzahl !

Sachverhalt 1 (43 Punkte)

Die Stadt Schnurpseldingen (S) hat mehrere alte Fahrzeuge des Bauhofes ausgemustert und bietet diese nun zum Verkauf an. Sie veröffentlicht dies in der „Schnurpseldinger Volksstimme“. Unter den Fahrzeugen befinden sich auch zwei Rasenmäher der Marke „Röhr“ für jeweils 300,- €. Die Anzeige wird von Dieter Dämlich (D) gelesen, Mitarbeiter beim Gartenbaubetrieb Blümchen – GmbH (B). Da der Rasentrecker der Firma B schon ziemlich alt ist und in letzter Zeit immer wieder defekt war, entschließt sich D, einen dieser Trecker für B zu erwerben. Er sucht kurz entschlossen den Bauhof auf, besichtigt den Rasenmäher und erklärt, dass er ihn für den in der Anzeige genannten Preis kaufen wolle. Dem Mitarbeiter des Bauhofes gegenüber äußert er nicht, dass er den Mäher für B erwerben möchte. Als er danach bei der Arbeit seinem Chef Gert Geizig (G) freudestrahlend von dem Schnäppchen berichtet, ist dieser nicht begeistert. Er möchte den Mäher nicht haben, sondern lieber einen neuen Rasentrecker anschaffen. Als der Bauhof den Rasenmäher anliefert und die Kaufpreiszahlung verlangt, weigert sich G. Daraufhin wendet die Stadt sich an D und fordert von diesem die Abnahme und Zahlung des Fahrzeuges. D weigert sich mit dem Hinweis, dass er gar nicht Vertragspartei sei, sondern B. Er habe nur vergessen, darauf hinzuweisen, dass er für B handele. Insoweit liege jetzt ein Irrtum vor, der ihn in jedem Fall zur Anfechtung berechtige.

Frage 1: Hat S gegen B einen Anspruch auf Abnahme und Zahlung des Rasentreckers Röhr für 300,- €?

Frage 2: Hat S gegen D einen Anspruch auf Abnahme und Zahlung des Rasentreckers für 300,- €?

Bearbeiterhinweis: Die Vertretung der Stadt ist ordnungsgemäß und nicht zu prüfen.

Sachverhalt 2 (25 Punkte)

Die Stadt Schnurpseldingen muss sich nach neuen Rasenmähern umsehen, nachdem sie die beiden Rasenmäher der Marke Röhr ausgemustert hat. Also schreibt der Leiter des Bauhofes Manfred Maurer verschiedene Landmaschinenhändler an und bittet um Angebote für einen neuen Rasentrecker. Daraufhin bietet der Händler Paul Pröttl (P) einen günstigen Rasentrecker zum Preis von 1.000,- € an mit der Maßgabe, dass der Preis nur bis 14.06.2011 gelte. Mit Schreiben vom 14.06. 2011 erklärt der Bürgermeister der Stadt die Annahme auf der Grundlage eines Gemeinderatsbeschlusses. Der Brief geht am 15.06. bei P ein. Am 16.06 2011 schreibt P zurück, dass er den Preis nicht mehr halten könne und 3 % mehr verlangen müsse. Der Bürgermeister ist empört, weil er meint dass ein Vertrag bereits zustande gekommen ist.


Frage: Hat die Stadt Schnurpseldingen eine Anspruch auf Übereignung und Übergabe des Treckers für 1.000,- €?

Bearbeiterhinweis: Die Vertretung der Stadt durch den Bauhofleiter Maurer und den Bürgermeister ist ordnungsgemäß und nicht zu prüfen.

Sachverhalt 3 (22 Punkte)

Die Gemeinde Winterhausen (W) kauft für ihren Bauhof bei der Firma Schlitzohr-GmbH (S) eine Schneefräse zum Preis von 3500,- €. Die Maschine wird von Mitarbeitern des Bauhofes abgeholt. Kurz vor dem ersten Einsatz wird bemerkt, dass das Auswurfgehäuse eine offene Schweißnaht hat, die weiter aufzureißen droht. Dieser Mangel lag bereits bei Auslieferung der Schneefräse vor. Der Leiter des Bauhofes informiert die Firma S und bittet um Lieferung einer fehlerfreien Schneefräse. Der Geschäftsführer der S erklärt, dass er keinesfalls bereit sei, die Nachbesserung vorzunehmen. Die Gemeinde habe alle Rechte dadurch verloren, dass sie nicht bei der Übergabe das Gerät überprüft habe und den Riss sofort gerügt habe. Es ist zutreffend, dass bei einer Prüfung des Gerätes bei der Ablieferung der Mangel sofort aufgefallen wäre.

Frage: Hat die Gemeinde W gegen S einen Anspruch auf Lieferung einer fehlerfreien Schneefräse?

Kenn-Nr.:	Lösungsskizze und Bewertungsbogen:		 SIKOSA Studieninstitut für kommunale Verwaltung Sachsen-Anhalt e.V.
	Lehrgang: B I	Stoffgebiet: Privatrecht	

Lösungshinweise:	Punkte			
	Max.	1. Bew.	2. Bew.	End-erg.
Sachverhalt 1 Frage 1 Es könnte sein, dass S gegen B einen Anspruch auf Abnahme und Zahlung des Rasenmähers für 300,-€ aus § 433 Abs. 2 BGB hat. Voraussetzung dafür ist das Vorliegen eines wirksamen Kaufvertrages. Ein Kaufvertrag ist ein Vertrag, d.h. ein Rechtsgeschäft, das aus zwei inhaltlich übereinstimmenden, mit Bezug aufeinander abgegebenen Willenserklärungen von mindestens zwei Personen besteht. Ein Kaufvertrag wird wie jeder andere Vertrag auch nach den allgemeinen Vorschriften der §§ 145ff. BGB durch das Angebot eines der Partner und die Annahme dieses Angebotes durch den anderen Partner geschlossen. Ein Angebot der S könnte in der Zeitungsanzeige liegen. Da ein Angebot eine Willenserklärung ist, müssten die Merkmale einer Willenserklärung erfüllt sein: Der äußere Erklärungstatbestand der in der Zeitungsanzeige enthaltenen Erklärung müsste schließen lassen auf den Handlungswillen, den Rechtsbindungswillen und den Geschäftswillen. Zweifelhaft ist hier, ob die Zeitungsanzeige einen entsprechenden Rechtsbindungswillen enthält: Dann müsste die Erklärung so gefasst sein, dass sie sich direkt an B richtet und B daraus auf den Willen des S schließen könnte, sich ihm –B- gegenüber rechtlich binden zu wollen. Gerade dies ist aber bei einer Zeitungsanzeige nicht der Fall. S will sich nicht jedem gegenüber verpflichten, der ihr den Willen zum Kauf erklärt. Die Preisauszeichnung darf lediglich als Aufforderung an den Betrachter verstanden werden, seinerseits S ein Vertragsangebot durch Äußerung des Kaufwunsches zu machen (invitatio ad offerendum). Diese Aufforderung richtet sich an eine Vielzahl von Personen, so dass S kein Angebot gemacht hat. Ein Angebot wird aber von D abgegeben. Dieser sucht den Bauhof auf und erklärt, den Rasenmäher zum Preis von 300,- € erwerben zu wollen. Der äußere Erklärungstatbestand einer Willenserklärung liegt vor. Auch die wesentlichen Vertragsbestandteile (Kaufgegenstand und Kaufpreis) sind enthalten. Damit liegt ein Angebot seitens des D vor. Das Angebot wird von S auch angenommen. Somit ist ein Kaufvertrag zustande gekommen. Fraglich ist, ob dieser Kaufvertrag Wirkung gegenüber B entfaltet. Die GmbH hat selbst nicht gehandelt. Die Willenserklärung des D würde aber dann unmittelbar für und gegen B wirken, wenn die Voraussetzungen einer wirksamen Stellvertretung gemäß § 164 Abs. 1 vorliegen. Dazu müsste D zunächst eine eigene Willenserklärung abgegeben haben. Das ist der Fall: D hatte Entscheidungsfreiheit, ob er den Rasenmäher erwirbt. Damit hat er –anders als ein Erklärungsbote- nicht nur eine Willenserklärung der B-GmbH überbracht. D müsste außerdem im Namen von B gehandelt haben. Dies ist laut Sachverhalt nicht geschehen. Es gibt auch keine Anhaltspunkte dafür, dass es sich aus den Umständen ergibt. Somit liegen die Voraussetzungen einer wirksamen Stellvertretung nicht vor. Es ist kein Kaufvertrag zwischen S und B zustande gekommen. Somit kann S auch nicht die Abnahme und Zahlung des Rasenmähers von B verlangen.	2			
	3			
	5			
	2			
	2			
	2			
	2			
	3			
	1			
Frage 2 Es könnte sein, das S gegen D einen Anspruch auf Abnahme und Zahlung				

<p>des Rasenmähers aus § 433 Abs. 2 BGB hat. Voraussetzung dafür ist ein wirksamer Kaufvertrag zwischen S und D. Wie oben geprüft, haben S und D einen wirksamen Kaufvertrag geschlossen. Dieser wirkt auch nicht für und gegen B, weil D nicht im Namen von D gehandelt hat.</p> <p>Es liegt vielmehr ein wirksamer Kaufvertrag zwischen S und D vor. Der Anspruch auf Abnahme und Zahlung des Rasenmähers ist damit entstanden. Anspruch untergegangen?</p> <p>Der Anspruch könnte durch eine wirksame Anfechtung untergegangen sein, wenn der Kaufvertrag gemäß § 142 Abs. 1 BGB aufgrund einer wirksamen Anfechtung von Anfang an nichtig ist.</p> <p>Eine wirksame Anfechtung erfordert zunächst das Vorliegen eines Anfechtungsgrundes. Hier könnte ein Inhaltsirrtum gemäß § 119 Abs. 1 1. Alt. vorliegen. Ein Inhaltsirrtum liegt dann vor, wenn der Erklärende das erklärt hat, was er erklären wollte, aber dabei über den Inhalt der Erklärung im Irrtum war. Hier hat D sich darüber geirrt, dass er sich selbst verpflichtet hat. Er ging davon aus, dass B Vertragspartnerin des Kaufvertrages werden würde. Also liegt ein Inhaltsirrtum vor.</p> <p>Darüber hinaus müsste die Anfechtung gemäß § 143 Abs. 1 gegenüber dem Anfechtungsgegner erklärt werden. D macht deutlich, dass er an dem Vertrag nicht festhalten möchte. Das kann als Anfechtungserklärung gewertet werden.</p> <p>Die Anfechtung muss innerhalb der Anfechtungsfrist erklärt werden. Gemäß § 121 muss die Anfechtung unverzüglich nach Kenntnis vom Anfechtungsgrund erklärt werden. Dies ist ebenfalls geschehen.</p> <p>Die Voraussetzungen einer wirksamen Anfechtung liegen damit vor. Jedoch greift hier § 164 Abs. 2 BGB ein: Danach ist die Anfechtung wegen eines Irrtums darüber, dass man sich selbst verpflichtet, ausgeschlossen.</p> <p>Der Anspruch ist daher nicht untergegangen. Der Anspruch ist auch durchsetzbar.</p> <p>S kann von D die Abnahme und Zahlung des Rasenmähers verlangen.</p> <p>Gesamt Sachverhalt 1</p>	<p>2</p> <p>2</p> <p>3</p> <p>2</p> <p>3</p> <p>2</p> <p>2</p> <p>2</p> <p>2</p> <p>2</p> <p>1</p> <p>43</p>			
<p>Sachverhalt 2</p> <p>Die Stadt Schnarchhausen (S) könnte gegen Pröttl (P) eine Anspruch auf Übereignung und Übergabe des Rasenmähers für 1.000,- € aus § 433 Abs. 1 S. 1 BGB haben.</p> <p>Voraussetzung dafür ist das Vorliegen eines wirksamen Kaufvertrages zwischen P und S. Ein Kaufvertrag ist ein Vertrag, d.h. ein Rechtsgeschäft, das aus zwei inhaltlich übereinstimmenden, mit Bezug aufeinander abgegebenen Willenserklärungen von mindestens zwei Personen besteht. Ein Kaufvertrag wird wie jeder andere Vertrag auch nach den allgemeinen Vorschriften der §§ 145ff. BGB durch das Angebot eines der Partner und die Annahme dieses Angebotes durch den anderen Partner geschlossen.</p> <p>Es müsste zunächst ein Angebot vorliegen.</p> <p>Die Aufforderung des Bauhofleiters, Angebote abzugeben, kann nicht als Angebot gewertet werden, weil hier noch der Rechtsbindungswille fehlt. Zudem nennt der Bauhofleiter noch keinen Preis, weshalb ein wesentlicher Vertragsbestandteil fehlt.</p> <p>Ein Angebot wird aber von P abgegeben. Dieser erklärt schriftlich, den Rasentrecker für 1.000,- € verkaufen zu wollen. Der äußere Erklärungstatbestand einer Willenserklärung liegt vor. Auch die wesentlichen Vertragsbestandteile (Kaufgegenstand und Kaufpreis) sind enthalten. Damit liegt ein Angebot seitens des P vor.</p> <p>Dieses Angebot war bis zum 14.06.2011 befristet.</p> <p>Fraglich ist, ob dieses Angebot wirksam angenommen wurde.</p>	<p>2</p> <p>2</p> <p>3</p> <p>2</p>			

<p>Eine wirksame Annahme könnte durch das Schreiben des Bürgermeisters vom 14.06.2011 erfolgt sein. Dann müsste P aber noch gemäß § 145 BGB an sein Angebot gebunden gewesen sein. Nach § 146 erlischt ein Antrag, wenn er dem Antragenden gegenüber nicht nach den §§ 147 bis 149 rechtzeitig angenommen wird. Wann eine Annahme rechtzeitig erfolgt ist, ergibt sich aus den §§ 147 bis 149 BGB.</p> <p>Hier war eine Annahmefrist gemäß § 148 festgelegt worden. Die Annahmeerklärung ist aber nicht am 14.06. bei P eingegangen, sondern erst am 15.06. Daher ist das Angebot gemäß § 146 BGB erloschen.</p> <p>Die verspätete Annahme durch S ist aber gemäß § 150 Abs. 1 BGB als neues Angebot zu werten.</p> <p>Dieses Angebot hat P wiederum abgelehnt, indem er nunmehr den Verkauf für 3 % mehr anbietet. Diese Erklärung gilt als Ablehnung verbunden mit einem neuen Angebot, § 150 Abs. 2 BGB.</p> <p>Dieses letzte Angebot des P hat S nicht angenommen. Daher ist mangels Annahme des Verkaufsangebotes durch S kein Kaufvertrag zustande gekommen.</p> <p>S hat daher keinen Anspruch auf Übereignung und Übergabe des Rasentreckers für 1.000,- € gemäß § 433 Abs. 1 S. 1 BGB</p> <p>Gesamt Sachverhalt 2</p>	<p>4</p> <p>3</p> <p>3</p> <p>3</p> <p>2</p> <p>1</p> <p>25</p>			
<p>Sachverhalt 3</p> <p>Es könnte sein, dass die Gemeinde W gegen S einen Anspruch auf Lieferung einer mangelfreien Schneefräse aus §§ 437 Nr. 1 i.V.m. 439 Abs. 1 BGB hat. Anspruch entstanden?</p> <p>Voraussetzung dafür ist das Vorliegen eines wirksamen Kaufvertrages zwischen W und S. Laut Sachverhalt wurde ein Kaufvertrag über die Schneefräse geschlossen.</p> <p>Es müsste außerdem ein Sachmangel vorliegen. Wann ein Sachmangel vorliegt, richtet sich nach § 434 BGB.</p> <p>Hier könnte ein Sachmangel gemäß § 434 Abs. 1 S.1 BGB vorliegen.</p> <p>Gemäß § 434 Abs. 1 S. 1 BGB liegt ein Sachmangel vor, wenn die Kaufsache nicht die vereinbarte Beschaffenheit aufweist. W und S haben keine bestimmte Beschaffenheit der Schneefräse vereinbart. Ein Sachmangel gemäß § 434 Abs. 1 S. 1 BGB kommt daher nicht in Betracht.</p> <p>In Betracht kommt ein Sachmangel gemäß § 434 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 BGB. In diesem Fall ist die Sache mangelhaft, wenn sie sich nicht für die nach dem Vertrag vorausgesetzte Verwendung eignet. W und S haben aber auch keine bestimmte Verwendung der Schneefräse vertraglich vorausgesetzt. Daher handelt es sich auch nicht um einen Sachmangel gem. § 434 Abs. 1 S. 2 Nr. 1 BGB.</p> <p>Möglicherweise liegt ein Sachmangel gem. § 434 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 BGB vor.</p> <p>Nach § 434 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 BGB ist die Sache mangelhaft, wenn sie sich nicht für die gewöhnliche Verwendung eignet und nicht die übliche Beschaffenheit aufweist, die der Käufer erwarten darf. Der Käufer darf beim Kauf einer neuen Schneefräse erwarten, dass alle Schweißnähte einwandfrei sind. Vorliegend ist eine Schweißnaht offen. Damit weist die Schneefräse nicht die übliche Beschaffenheit auf. Daher liegt ein Sachmangel nach § 434 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 BGB vor.</p> <p>Der Sachmangel müsste außerdem bei Gefahrübergang vorgelegen haben. Der Gefahrübergang erfolgt gemäß § 446 mit der Übergabe der verkauften Sache. Laut Sachverhalt war die offene Schweißnaht bereits bei der Lieferung der Schneefräse vorhanden. Damit lag der Mangel bereits bei Gefahrübergang vor.</p> <p>Die Voraussetzungen für einen Nacherfüllungsanspruch liegen vor. Demnach ist der Anspruch auf Nacherfüllung entstanden.</p> <p>Der Anspruch auf Nacherfüllung könnte ausgeschlossen sein gemäß § 442</p>	<p>3</p> <p>2</p> <p>2</p> <p>2</p> <p>3</p> <p>3</p> <p>1</p>			

<p>BGB. Danach sind die Rechte des Käufers wegen eines Mangels ausgeschlossen, wenn er den Mangel der Sache bei Abschluss des Kaufvertrages kennt oder infolge Fahrlässigkeit nicht kennt. Hier war der Mangel jedoch erst bei der Ablieferung der Sache erkennbar und nicht schon bei Abschluss des Kaufvertrages. Daher greift § 442 nicht ein. Der Nacherfüllungsanspruch ist nicht ausgeschlossen. Der Nacherfüllungsanspruch ist auch durchsetzbar. W hat gegen S einen Anspruch auf Lieferung einer mangelfreien Schneefräse.</p> <p>Gesamt Sachverhalt 3:</p>	<p>4 1 1 22</p>			
Zwischensumme:	90			
Form und Darstellung:	10			
Gesamtpunktzahl:	100			